

Schlepperschiff der EKD nimmt Arbeit auf



Das überwiegend von der Evangelischen Kirche Deutschland finanzierte Schlepperschiff Sea-Watch 4 ist in Richtung Libyen ausgelaufen, wie die Tagesschau am 16.08. vermeldet. Das Schiff hatte monatelang in der Werft von Burriana in Südspanien festgelegen. Zur Verzögerung beim Menschenhandel war es wegen letzter Umbau- und Deckarbeiten an dem einstigen Forschungsschiff gekommen, aber auch wegen der Corona-Pandemie:

„Die Crewmitglieder der „Sea Watch 4“ mussten wegen der Corona-Pandemie länger auf den Start der Rettungsmission warten als gedacht. Ursprünglich sollte das Schiff bereits im April auslaufen“, verrät die Tagesschau.

Die zu Rettenden hatten immerhin ein Einsehen und warteten die drei Monate auf ihre Rettung (wie auch auf die vorweg nötigen Seenot-Manöver in Gummibooten, die regelmäßig als Rechtfertigung für die „Rettung“ durch die Schlepper inszeniert werden), bis die Retter bereit sind. Das ist jetzt der Fall und der Asyltourismus in Richtung Deutschland kann somit endlich wieder Fahrt aufnehmen.

Dass es hier um „Asyl“ geht, wird immerhin nicht einmal mehr von der Kirche behauptet. Chris Grodotzki, der Medienkoordinator der Organisation Sea-Watch, sagt auf seinem Twitter-Account, worum es eigentlich geht:

Dieses Schiff, die #SeaWatch4, mit den über 500

Organisationen die hinter ihm stehen, mit @seawatchcrew und @MSF_Sea an Bord, ist eine ganz klare Antwort der europäischen Zivilgesellschaft auf die rassistische Ausgrenzungspolitik der EU.

Sprich: Wenn Menschen mit dunklerer Hautfarbe, aus Afrika, nicht einfach in die EU (nach Deutschland) gelassen werden, um dort vollversorgt zu werden, dann ist das für ihn und die EKD eine „Ausgrenzung“ aus rassistischen Gründen, also wohl wegen der Hautfarbe. Der Mann, der die Medien koordinieren soll, Chris Grodotzki, sagt das in dem Tagesschau-Bericht natürlich etwas anders, im Sprachduktus seiner Arbeitgeber von der EKD, und redet den Deutschen und „der Politik“ ins Gewissen:

„Weil eben mit diesem Schiff die Nächstenliebe, die sonst gerne von der Kanzel herunter gepredigt wird, ganz praktisch in die Tat umgesetzt wird.“ Aber es sei auch eine politische Ansage, die deutlich mache, dass die Politik nicht alles mit Menschen machen könne, was sie wolle – dass auch da das Gebot der Nächstenliebe gelte.

Danach hört die Nächstenliebe der Kirche dann allerdings meistens ganz praktisch auf. Unterbringung, ärztliche Versorgung und Unterhalt der Neuen werden bis auf einige Kuchennachmittage nun den anderen auferlegt, ob die wollen oder nicht. Da heißt es dann von der Kirche wie gewohnt: Deutscher Steuerzahler, übernehmen Sie!

Abonnieren Sie unseren Telegram-Kanal

PINEWS
t.me/PINEWS1

